



FÜR DAS RECHT AUF EINE GIFTFREIE ZUKUNFT

Zum Hintergrund des *Berlin Forum für Chemikalien und Nachhaltigkeit*

Für den 7. und 8. Juli 2021 hat Bundesumweltministerin Svenja Schulze zum „Berlin Forum für Chemikalien und Nachhaltigkeit“ geladen. Dort sollen sich bei einer virtuellen Konferenz Vertreterinnen und Vertreter von Regierungen, internationalen Organisationen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft darüber austauschen, wie das Chemikalien- und Abfallmanagement künftig weltweit gestaltet werden soll, um den Herausforderungen durch eine rasant wachsende Produktion und Nutzung von Chemikalien und den damit verbundenen Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu begegnen. Das Berlin Forum beginnt am 7. Juli 2021 mit einem Minister:innen-Dialog, der mit Reden des UN Generalsekretärs António Guterres und von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel eröffnet wird. Am 8. Juli 2021 wird das Berlin Forum mit einem Stakeholder:innen-Dialog fortgesetzt.

Weitere Informationen finden Sie auf der Seite des Umweltministeriums unter <https://www.bmu.de/berlin-forum-fuer-chemikalien-und-nachhaltigkeit/#c59688>

Der Kontext: Die Verhandlungen über einen Strategischen Ansatz zum Internationalen Chemikalienmanagement nach 2020

Das Berlin Forum ist zwar formal nicht Teil des internationalen [Prozesses, der unter dem Titel „SAICM Beyond 2020“](#) seit 2015 daran arbeitet, ein Nachfolgeabkommen für den 2020 ausgelaufenen „Strategischen Ansatz zum Internationalen Chemikalienmanagement“ (Strategic Approach on International Chemicals Management, SAICM) auf den Weg zu bringen. Weil absehbar war, dass die bis 2020 gesteckten Ziele von SAICM nicht erreicht würden, sollte auf der fünften SAICM-Konferenz (International Conference on Chemicals Management, ICCM5) im Oktober 2020 in Bonn unter deutscher Prozess-Präsidenschaft ein Nachfolgeabkommen „SAICM Beyond 2020“ auf den Weg gebracht werden. Durch die COVID-19 Pandemie mussten die dafür nötigen Vorbereitungssitzungen verschoben werden. Die Konferenz soll nun voraussichtlich im ersten Halbjahr 2023 stattfinden, um noch echte Verhandlungsrunden im Vorfeld zu ermöglichen.

Um dem Thema „Chemikalienmanagement“ zu mehr, dringend benötigter politischer Aufmerksamkeit zu verhelfen, hat das Bundesumweltministerium (BMU) das Berlin Forum an den Tagen organisiert, an denen ICCM5 nach der ersten Verschiebung hätte stattfinden sollen.

Trotz der unklaren Lage seit Frühjahr 2020 ist der Vorbereitungsprozess für SAICM Beyond 2020 nicht zum Stillstand gekommen. Das den Prozess anleitende SAICM-Bureau in Genf hat unter Vorsitz Deutschlands im Herbst und Winter 2020/21 eine Reihe von virtuellen Arbeitsgruppen (Virtual Working Groups, VWG) organisiert, um an den vorliegenden Vertragstext-Entwürfen weiterzuarbeiten. Weil sich im Rahmen der VWGs keine gleichberechtigte Teilhabe aller am Prozess beteiligten Parteien sicherstellen ließ, [haben die Abschlussdokumente der Arbeitsgruppen eher informativen Gehalt](#).

Worum es inhaltlich geht

SAICM wurde 2006 ins Leben gerufen. Ziel dieses völkerrechtlich nicht bindenden Abkommens unter dem Dach des UN-Umweltprogramms(UNEP) war es, bis 2020 zu einem nachhaltigen Umgang mit Chemikalien über ihren gesamten Lebenszyklus zu kommen. Ein Ziel, das auch nach Meinung der UN nicht erreicht worden ist.

SAICM hat trotzdem wichtige Funktionen erfüllt. Zum einen wurden über den Ansatz Ressourcen zum Kapazitätsaufbau in Ländern des globalen Südens bereitgestellt. Auch hat der Prozess gerade nichtstaatlichen Akteuren wichtige Zugänge eröffnet. Die Entscheidungen innerhalb von SAICM, die bei den Internationalen Konferenzen zum Chemikalienmanagement (International Conference on Chemicals Management, ICCM) getroffen werden, fallen im Konsens aller beteiligten Akteure; dazu gehören auch Nichtregierungsorganisationen und die Wirtschaft – auch wenn die Regierungen im Zweifel das letzte Wort haben.

Am wichtigsten ist aber, dass SAICM anders als die Konventionen nicht ein auf bestimmte Stoffe oder Prozesse beschränktes Mandat hat, sondern einen politischen Rahmen dafür bietet, auch über neue beziehungsweise als neu erkannte Problemfelder zu sprechen. So wurden zum Beispiel Blei in Farben, Nanotechnologie, Arzneimittel in der Umwelt oder hoch gefährliche Pestizide im Rahmen des sog. Emerging Policy Issue-Prozesses besprochen. Dies hat – zumindest für das Schwerpunktthema „Blei in Farben“, zu nationalstaatlicher Regulierung geführt. So sind heute in vielen Ländern bleihaltige Farben verboten, was direkt auf die Behandlung des Themas unter SAICM zurückzuführen ist.

Regulierung im Chemikalienbereich lückenhaft

SAICM ergänzt – wenn auch im Ergebnis in unzureichendem Umfang – eine ganze Reihe verbindlicher internationaler Konventionen zu verschiedenen Aspekten des Chemikalienmanagements oder einzelner Stoffklassen (das Basler Übereinkommen über die Kontrolle des Im- und Exports gefährlicher Abfälle und ihre Entsorgung; die Rotterdam-Konvention über den Handel mit gefährlichen Chemikalien, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln; die Stockholm-Konvention zum Verbot einiger langlebiger

(persistenter) organischer Schadstoffe und die Minamata-Konvention zum Verbot quecksilberhaltiger Produkte).

Trotz der diversen internationalen Abkommen gibt es noch immer eine ganze Reihe von Lücken im Chemikalienrecht. Das betrifft zum einen neue Stoffe, zum anderen aber auch solche, über deren Langzeitwirkungen erst neuerdings Informationen zu ihrer Schädlichkeit verfügbar geworden sind. Das zeigt auch die [Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage vom März 2021](#): Allein in der Europäischen Union waren bis Januar 2021 rund 38.000 Stoffe registriert. Global im Umlauf sind aber [vermutlich bis zu 350.000 Chemikalien](#). Im Rahmen der genannten Konventionen sind aber nur 64 Stoffe sowie Quecksilber verbindlich reguliert. Über die Mehrheit der Stoffe liegen weiterhin zu wenige Erkenntnisse zu deren Wirkungen vor, unter anderem auch, weil sog. Kombinationseffekte kaum berücksichtigt werden.

Dass es ein chemikalienpolitisches Problem gibt, ist unstrittig. Das belegen einige Zahlen:

- » Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) führt weltweit [wenigstens 1,6 Millionen Todesfälle](#) auf die Verschmutzung mit Chemikalien zurück.
- » Weltweit sind die [Fälle unbeabsichtigter akuter Pestizid-Vergiftungen](#) von 25 Millionen im Jahr 1990 auf heute 385 Millionen gestiegen. Das bedeutet, dass heutzutage etwa 44 % der in der Landwirtschaft tätigen Weltbevölkerung jedes Jahr mindestens eine Vergiftung erleidet.
- » Allein durch die Auswirkungen von Blei auf Kinder entstehen in Niedrig- und Mitteleinkommensländern [wirtschaftliche Schäden in Höhe 977 Milliarden US-Dollar pro Jahr](#).
- » Mehr als ein [Drittel der weltweiten Treibhausgasemissionen werden durch Herstellung und Transport von Stoffen wie Einwegplastik oder Zement verursacht](#).
- » Mikroplastik wurde mittlerweile praktisch überall nachgewiesen: In Ozeanen, Flüssen, dem arktischen Eis, in Salz, Honig, Bier, Trinkwasser, Fischen und im Menschen. [Alleine in Deutschland fallen pro Jahr mehr als 6 Millionen Tonnen Kunststoffabfälle an](#).
- » Selbst seit langem verbotene oder nur wenig genutzte Stoffe wie krebsauslösende Polychlorierte Biphenyle (PCBs) [können nachgewiesen werden, auch im Menschen](#).
- » Die [Chemikalienbelastung hat auch eine soziale Komponente](#). Kinder aus Familien „mit niedrigem Sozialstatus“ sind laut Bundesregierung häufiger Produkten mit fragwürdigem Nutzen und den darin enthaltenen Chemikalien ausgesetzt als solche „mit hohem Sozialstatus“. Es gibt allerdings auch Stoffe, für die das Umgekehrte gilt: Mittel zum Textilschutz, bspw. Imprägnierungen, werden beispielsweise doppelt so oft von Familien mit hohem wie mit niedrigem Sozialstatus eingesetzt.
- » Die Gesundheitskosten durch die Exposition gegenüber hormonschädigenden Chemikalien allein für die EU liegen jährlich bei [15 Mrd. Euro in Bezug auf männliche Fortpflanzungsstörungen](#), bei [18 Mrd. Euro in Hinblick auf Übergewicht und Diabetes](#) und bei [150 Mrd. Euro für die Behandlung verhaltensneurologischer Defizite und Krankheiten](#).

Beispiel Hochgefährliche Pestizide und Doppelstandards

Hochgefährliche Pestizide sind als globales Problem von SAICM anerkannt. Nach Angaben des Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) verursachen hochgefährliche Pestizide (HHPs) unverhältnismäßige Schäden für Umwelt und menschliche Gesundheit und Expert:innen der Vereinten Nationen bezeichnen HHPs als globales Menschenrechtsproblem. Vor dem Hintergrund der besonderen Gefährdung durch hochgefährliche Pestizide, primär für Menschen im Globalen Süden, ist es umso verwerflicher, dass Deutschland und andere reiche Länder nach wie vor Pestizide in Drittländer exportieren, die im eigenen Land aufgrund ihrer Gefährlichkeit verboten sind. Das Pestizid Aktions-Netzwerk PAN Germany setzt sich gemeinsam mit dem INKOTA-Netzwerk und unterstützt von 58 Organisationen und mehr als 177.000 Einzelpersonen für [einen Abbau dieser Doppelstandards im Pestizidhandel ein](#). Dass ein Exportverbot möglich ist, hat [der wissenschaftliche Dienst des Bundestages bereits bestätigt](#). Auch der Entwurf der Chemikalienstrategie der Europäischen Kommission enthält das Bekenntnis, den Export von in der EU verbotenen gefährlichen Chemikalien künftig zu unterbinden. Vor dem Hintergrund, dass drei Viertel der 85 Länder, in die aus Europa verbotene Pestizide exportiert werden, Entwicklungs- und Schwellenländer sind und gerade hier die Vergiftungsraten so extrem hoch sind, wird die nächste Regierung – auch im Kontext von SAICM – handeln müssen. In einem zukünftigen SAICM muss die Forderungen der ICCM4 nach einem konzertierten Handeln endlich umgesetzt und eine globale Allianz für einen weltweiten Ausstieg aus dem Einsatz von HHPs in der Landwirtschaft gebildet werden.

Beispiel Hormonschädigende Substanzen

Hormonell schädliche Chemikalien (endocrine disrupting chemicals, EDCs) finden sich in vielen Alltagsprodukten und werden mit gesundheitlichen Schäden wie Unfruchtbarkeit, hormonell bedingten Krebsarten und neurologischen Erkrankungen in Zusammenhang gebracht. [Das Thema braucht dringend mehr Aufmerksamkeit auf europäischer, deutscher und internationaler Ebene](#). Die einzige internationale politische Plattform, die derzeit zu EDCs arbeitet, ist SAICM. Leider sind bisher nur – nach langer Verspätung und unter enormem Lobbydruck – drei beschreibende Berichte erschienen. Nur wenige Aufklärungsmaterialien wurden erstellt. Insgesamt ist die Arbeit zu EDCs im Rahmen von SAICM ungenügend und halbherzig. Es ist dringend notwendig, nicht erreichte Ziele, auch in einem Nachfolgeprozess von SAICM, dessen Mandat gegenwärtig unter Pandemie-Bedingungen – und deutscher Präsidentschaft – verhandelt wird, weiter zu verfolgen und gegebenenfalls notwendige verbindliche Verpflichtungen für Akteure anzustoßen.

Beispiel Gender und Chemikalien

[Frauen und Männer sind unterschiedlich von der Exposition gegenüber schädlichen Chemikalien betroffen](#). Das hat mit biologischen Unterschieden zu tun und mit der spezifischen Rollenzuweisung – in Deutschland und weltweit. Bei der Risikobewertung und bei politischen Regulierungen werden diese Unterschiede häufig nicht mitgedacht. Um jedoch speziell Frauen und Mädchen besser zu schützen, ist es zwingend notwendig, einen genderdifferenzierten Blick in das Thema schädliche Chemikalien und die Chemikalienpolitik einzubringen. Das muss auf verschiedenen Ebenen und eben auch im Rahmen von SAICM Beyond 2020 verstärkt in den Fokus genommen werden.

Chemikalienpolitik als systemischer Ansatz

Um die Belastungen von Menschen und Umwelt mit Chemikalien deutlich zu senken, muss es eine nachhaltige Stoffpolitik geben, denn Stoffe haben Auswirkungen auf globaler Ebene. Sie stellen ähnlich wie der Klimawandel und der Verlust an biologischer Vielfalt das ökologische Gleichgewicht des ganzen Planeten in Frage.

Wir müssen viel sorgsamer als bisher mit Rohstoffen und Chemikalien umgehen und deren Verbrauch deutlich begrenzen, nicht nur um Klima und Biodiversität zu schützen, sondern auch um Menschen weltweit eine angemessene Teilhabe zu ermöglichen und künftige Generationen nicht zu belasten. Dazu braucht es eine Trendumkehr in der Chemieindustrie, in der Wirtschaft insgesamt und in unserem Konsumverhalten.

Das Ziel ist eine nachhaltige Stoffwirtschaft, bei der

- Wiederverwendung und -verwertung von Stoffen von Anfang an mitgedacht werden
- Die Nutzung und Förderung nicht-chemischer Lösungen an erster Stelle steht
- Chemische Produkte keine die Umwelt und Gesundheit gefährdende Eigenschaften haben
- Chemische Produktion so gestaltet wird, dass sie keine Gefahr für Mensch und Umwelt darstellt
- Stoffstrommanagement innerhalb der planetaren Grenzen angelegt wird

Neben Klimakrise und schwindender biologischer Vielfalt gehört eine nachhaltige Stoffpolitik als dritte Säule auf die politische Agenda. Der Verlust an biologischer Vielfalt, der Klimawandel und die Überlastung des Planeten mit toxischen und langlebigen synthetischen Stoffen sind eng miteinander verknüpft. Diese drei Herausforderungen müssen gemeinsam angegangen und gelöst werden, wenn wir unsere Klima- und Artenschutzziele erreichen wollen.

Mittelfristig braucht es, ähnlich wie bei Klimawandel und biologischer Vielfalt, ein völkerrechtlich bindendes globales Stoffrahmen-Übereinkommen, das die fragmentierten chemiepolitischen Konventionen und unverbindlichen Austauschforen ablöst. Ein gestärktes „SAICM Beyond 2020“ ist dafür eine notwendige Grundlage. Dieses muss klar definierte Reduktionsziele für den Verbrauch an Chemikalien und Ressourcen ebenso wie eine Strategie für eine nachhaltige Entgiftung der Umwelt, Effizienzziele und Anforderungen an die Kreislaufführung und die Abfallbehandlung enthalten.

Ein erster, natürlich in der Folge zu ergänzender, Ansatz wäre es, für mehr Transparenz zu sorgen. Dazu könnte ein globales Transparenzregister eingerichtet werden, in dem über in international gehandelten Gütern vorhandene Stoffe Auskunft gegeben werden muss. Als Vorlagen könnten die [Europäische Chemikalienverordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe](#) bzw. die sog. [SCIP-Datenbank](#) dienen.

Weitere Informationen und Material

BUND (2020): Herausforderungen für eine nachhaltige Stoffpolitik. Berlin

<https://www.bund.net/service/publikationen/detail/publication/herausforderungen-fuer-eine-nachhaltige-stoffpolitik/>

BUND (2021): Nachhaltige Stoffpolitik zum Schutz von Klima und Biodiversität. Berlin.

<https://www.bund.net/> (erscheint am 7.7.2021)

Forum Umwelt und Entwicklung (2021): Für das Recht auf eine Gifffreie Zukunft.

<https://www.gifffreie-zukunft.org>

HEJSupport/PAN Germany/WECF (2020): Endokrine Disruptoren: Hintergrundpapier.

https://www.wecf.org/de/wp-content/uploads/2018/10/EDCs_Hintergrundpapier_Juni.pdf

HEJSupport/PAN Germany/WECF (2021): Hormongifte stoppen!

<https://hej-support.org/hormongifte-stoppen/>

PAN Germany (2019): Giftige Exporte. Ausfuhr hochgefährlicher Pestizide von Deutschland in die Welt. Hamburg.

<https://pan-germany.org/download/giftige-exporte-ausfuhr-hochgefaehrlicher-pestizide-von-deutschland-in-die-welt/>

PAN (2021): Kurzinformation Hochgefährliche Pestizide und Doppelstandards im Pestizid-Handel.

<https://pan-germany.org/download/kurzinformation-zu-hhps-und-doppelstandards-im-pestizidhandel/>

PAN Germany (2021): Doppelstandards und Ackergifte von Bayer und BASF – Ein Blick hinter die Kulissen des internationalen Handels mit Pestizidwirkstoffen. Hamburg.

<https://pan-germany.org/pestizide/studie-doppelstandards-und-ackergifte-von-bayer-und-basf/>WECF

(2021): Ecofeminist Scorecard Bundestagswahlen 2021.

<https://www.wecf.org/de/ecofeminist-scorecard-2021/>

WECF (2021): Gendergerechte Chemikalienpolitik. Gemeinsam für eine gifffreie Zukunft. München.

<https://www.wecf.org/de/wp-content/uploads/2018/10/Gender-and-Chemicals-Hintergrundpapier-21.pdf>

Kontakte

Alexandra Caterbow, HEISupport, alexandra.caterbow@hej-support.org, Tel. 0179/52 44 994

Johanna Hausmann, Women Engage for a Common Future (WECF),
johanna.hausmann@wecf-consultant.org, Tel. 089 2323938-19, 0173/80 10 04 0

Manuel Fernandez, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Manuel.Fernandez@bund.net,
Tel. 0151/19 33 62 10

Susan Haffmans, Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN Germany), susan.haffmans@pan-germany.org,
Tel. 040 399 19 10-25

Wolfgang Obenland, Forum Umwelt & Entwicklung, obenland@forumue.de, Tel. 030/678 1775 907



www.gifffreie-zukunft.org